



Pressemitteilung Nr. 16-444
vom 03.12.10

Anschrift Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1
30159 Hannover
Telefon 0511/3030-4011/13
Fax 0511/3030-4808
E-Mail SPDPresse@LT.Niedersachsen.de
Internet www.SPDLandtag-Nds.de

Kein Licht ins Dunkel gebracht – Fleischbranche wird zum finsternen Raum

Bei dem heute im Wirtschaftsausschuss vorgestellten Bericht über die rechtswidrige Leiharbeit in der niedersächsischen Fleischbranche konnten weder das Wirtschafts- noch das Landwirtschaftsministerium konkrete Zahlen auf den Tisch legen. Es gibt dort offenbar weder Statistiken über den Umfang der Leiharbeit noch Erkenntnisse über die Beschäftigung von 400-Euro-Kräften in der Fleischbranche. Klar sei jedoch, dass in der Putenschlachtereier Geestland die Dienstleistungsrichtlinie unterlaufen wurde, stellten Olaf Lies, stellvertretender Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion, und Ronald Schminke, der im Arbeitskreis der Fraktion diesen Bereich bearbeitet, fest.

„Dem Wirtschaftsministerium sind die Missstände in der Fleischindustrie seit 2005 bekannt, gehandelt wurde offenbar bis jetzt noch nicht“, kommentiert Lies. Die Ernährungswirtschaft sei aber in Niedersachsen der zweitwichtigste Arbeitgeber, dies weise der Politik eine große Verantwortung zu. Offenbar sehe die Landesregierung aber lieber weg. Lies weiter: „Wir fordern endlich eine Aufstellung über die Beschäftigungssituation in der Niedersächsischen Fleischbranche, es muss Schluss sein mit dem Wegschauen der Landesregierung.“ In diesem Zusammenhang sei auch der Ministerpräsident gefordert. „Findet Herr McAllister eigentlich auch, dass 5 Euro eine angemessene Bezahlung sind?“, fragt Lies und fordert gleichzeitig die Landesregierung auf, sicherzustellen, dass nicht auch in anderen Schlachthöfen mit solchen Methoden gearbeitet wird. „Deutschland darf nicht zum Billiglohnland werden.“

Gleichzeitig zeigten sich Lies und Schminke auch verwundert über das Verhalten der Landwirtschaftsministerin. „Frau Grotelüschen kann sich aus der Sache nicht einfach rausstellen. Die von ihr ehemals als Geschäftsführerin mit geleiteten Betriebe sind Teil der Kette von Brut-Aufzucht-Schlachtung und Vermarktung. Ihr müssen solche Praktiken zumindest bekannt gewesen sein“, stellt Ronald Schminke fest. „Wenn Ministerin Grotelüschen allerdings eine Bezahlung von nur fünf Euro für einen angemessenen Lohn hält, dann ist ihr Verhalten nicht so verwunderlich“, stellen Lies und Schminke übereinstimmend fest. Bei ihr seien offenbar nicht nur der Tierschutz in den falschen Händen, auch den Arbeitnehmerschutz kenne sie gar nicht. Hier werde wieder einmal offenbar, dass eine Lobbyistin zur Ministerin gemacht wurde.

Lies und Schminke fordern abschließend die zügige Einführung eines Mindestlohns in der Branche. „Aktuell erwarten wir die rasche Aufklärung aller Vorgänge und fragen uns, welche Verantwortung Familie Grotelüschen als Gesellschafter für diese Vorgänge mitträgt“, sagen Lies und Schminke. Schminke fordert weiter: „Wir brauchen sofort auch eine bessere Personal-ausstattung der Hauptzollämter zur intensiven Kontrolle sowie der Strafverfolgungsbehörden, insbesondere der Staatsanwaltschaft in Oldenburg.“